

Baustein: Markt und Wettbewerb in einer Solidarischen Ökonomie

Gliederung:

1. Aufgabe und Fragestellung

2. Begriffsklärung

- 2.1. Markt und Marktwirtschaft
- 2.2. Klärung weiterer Systembegriffe
- 2.3. Klärung der Funktionsbegriffe

3. Orientierung und Leitvorstellungen

- 3.2. Leitvorstellungen und Voraussetzungen einer Solidarischen Ökonomie
- 3.3. Schlüsselfrage Menschenbild
- 3.4. Die Bewegung Konkurrenz – Wettbewerb – Kooperation

4. Konkret: Markt und Wettbewerb in einer kooperativen und demokratischen Solidarwirtschaft

- 4.1. Innerbetrieblicher kooperativer Wettbewerb
- 4.2. Zwischenbetriebliche kooperative Marktwirtschaft
 - 4.2.1. Hineinname ökologischer, sozialer und gemeinwohlorientierter Bilanzregeln,
 - 4.2.2. Herausnahme der Öffentlichen Güter der Daseins- und Grundversorgung aus dem freien Markt
 - 4.2.3. Weiterentwicklung der schon bestehenden Raumplanungsbehörden auf Länderebene
 - 4.2.4. Einführung einer partizipatorischen Unternehmensverfassung
- 4.3. Wettbewerb und kooperativer Markt

5. Ausblick

1. Aufgabe und Fragestellung

Eine solidarische Ökonomie will die zerstörerischen Funktionen der vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftsweise überwinden und eine Ökonomie entwickeln, in der das Prinzip des Gegeneinander überwinden, die gerechte Teilhabe aller an der Wertschöpfung ermöglicht und die ökologische Nachhaltigkeit des Wirtschaftens realisiert werden. Dabei stellen sich vier Fragen:

- Welche Rolle kann hierbei der Markt als offenes Wechselspiel zwischen Angebot und Nachfrage spielen?
- Kann es einen Wettbewerb geben, der eine zerstörerische Konkurrenz überwindet, aber die Entfaltung von Gaben, Fähigkeiten und Leistungen fördert?
- Wie müssten aus dieser Zielstellung Markt und Wettbewerb in einer solidarischen Ökonomie verstanden werden?
- Welche systemischen Veränderungen des Wirtschaftens wären im Sinne dieser Zielstellung nötig?

In unseren Arbeitsgruppen besteht ein Grundkonsens darin, dass eine zerstörerische Konkurrenz zu Gunsten einer kooperativen Wirtschaftsweise überwunden werden soll. Doch gibt es in der konkreten Beantwortung der Fragen drei unterschiedliche Tendenzen:

1. statt niedermachende Konkurrenz fairen Wettbewerb, der faire Regeln für einen Wettstreit mit Chancen für alle vorgibt;
2. Entwicklung einer kooperativen solidarischen Wirtschaftsweise, die einen konkurrenztreibenden Markt und Wettbewerb gänzlich hinter sich lassen will;
3. Überwindung der Konkurrenz durch Entwicklung eines kooperativen Wettbewerbs.

Der folgende Entwurf steht gewissermaßen zwischen der 1. und 2. Denkrichtung und versucht die Möglichkeiten eines Kooperativen Wettbewerbs zu entwickeln. Dieser Denkversuch versteht sich wie der ganze Ansatz der Solidarischen Ökonomie als Realutopie: über die Denkmuster und Eigengesetzlichkeiten des Bisherigen hinaus denken, aber nach grundsätzlich realisierbaren Möglichkeiten suchen. Die Realisierbarkeit wird sich in der neu zu entwickelnden Praxis erweisen.

2. Begriffsklärung

Um im Suchen dieser Möglichkeiten nicht in Missverständnissen stecken zu bleiben, müssen die wichtigsten Begriffe geklärt, nach ihren entscheidenden Inhalten gefragt und so umschrieben werden, wie wir sie in etwa verstehen und gebrauchen wollen.

2.1. Markt und Marktwirtschaft – Chancen und Grenzen

Der Markt ist in seinem Ursinn zunächst nichts anderes als ein Ort der Angebote, der Kommunikation, des Austausches und des Erwerbs von Gütern, Ideen und Dienstleistungen – unerlässlich für eine arbeitsteilige und freie Gesellschaft.

In der klassisch gewordenen Marktwirtschaft wird Geld bzw. der Geldwert zum entscheidenden Medium, mit dem sich der Preis von Gütern und Dienstleistungen im freien Wechselspiel von Angebot und Nachfrage einpendelt.

Die allgemeine Preistheorie besagt: Wenn auf einem offenen Markt Angebot und Nachfrage etwa gleich groß sind (kein Angebotsüberhang, kein Nachfrageüberhang), bildet sich ein Gleichgewichtspreis, der den Markt räumt, d.h. alle Waren (auch Dienstleistungen) zum Absatz bringt. Ist das Angebot höher, sinkt der Preis, folgend wird das Angebot, die Produktion zurückgefahren; es kommt zu einem neuen Gleichgewichtspreis. Ist die Nachfrage höher, steigt der Preis, folgend wird das Angebot, die Produktion erhöht; es kommt wiederum zu einem neuen Gleichgewichtspreis.

Der freie Preis hat somit vor allem eine Bewertungsfunktion (für Bedarf und Knappheit), eine Lenkungsfunktion (signalisiert, was und wo produziert werden soll), eine Koordinationsfunktion (bringt Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht), und kann eine Erziehungsfunktion haben, wenn er künstlich hoch oder runtergesetzt wird, um den Verbrauch zu beeinflussen (z.B. Ökosteuer, Abwrackprämie).¹

Die Marktwirtschaft hat den Vorteil, dass sie sehr flexibel und schnell auf Veränderungen und neue Angebots- und Nachfragemöglichkeiten reagieren kann. Sie kann im idealtypischen Fall ein realistisches optimales Preis-, Leistungs-Nachfrageverhältnis darstellen. Sie motiviert zum optimalen Einsatz der Kräfte und setzt ständige Innovationen frei.

Dennoch birgt eine ungeregelte Marktwirtschaft in sich gravierende Gefahren und Nachteile. Denn der Markt wirkt aus sich selbst heraus keineswegs immer ausgleichend und zum Wohle aller.

Sobald es auf dem Markt Stärkere und Schwächere gibt, hat er die Tendenz, „*wie von einer unsichtbaren Hand geleitet*“ nicht zum Wohl aller zu führen, sondern den Leistungsstärkeren sukzessiv zu bevorzugen und den Schwächeren zu benachteiligen. Auch kann sich nicht in jedem Fall der qualitativ „Bessere“ durchsetzen, wenn unter der Maxime des „Eigennutzes“ Fairness durch Rücksichtslosigkeit, Beziehungswirtschaft oder gar durch kriminelle Energie ausgehebelt wird.

Gemessen am Ziel des Gemeinwohls kommt es in der kapitalistischen Marktwirtschaft zwangsläufig einem **systemimmanenten Marktversagen**. Damit wenden wir uns ausdrücklich gegen die Behauptung von Adam Smith und der neoliberalen Ideologie, dass auf einem freien Markt das „*Handeln zum Eigennutz wie von einer unsichtbaren Hand geleitet zum Wohl aller führe*.“

Beispiel Preisbildung: Der anfangs nur etwas Stärkere kann seine Ware etwas preisgünstiger anbieten, hat damit einen größeren Absatz, wird stärker. Der anfangs nur etwas Schwächere verliert dadurch Kunden, hat geringere Einnahmen; das schwächt seine Produktionsfähigkeit; er muss unter seinem Erstellungspreis verkaufen, wenn er sich auf dem Markt behaupten will; das schwächt ihn sukzessiv, bis er erade so vom Markt verschwunden ist (Verdrängungsfunktion des Marktes).

Oder von Kunden, die wenig Geld haben, aber das Produkt lebensnotwendig brauchen, kann ein überhöhter Preis („Wucherpreis“) verlangt werden, der sie verschuldet und ruiniert.²

Beispiel Arbeitsmarkt: Wenn Angebot und Nachfrage von Arbeit nicht im Gleichgewicht sind, sondern auf Grund von Automatisierung Arbeitsplätze wegrationalisiert werden und es einen Angebotsüberhang von Arbeitssuchenden gibt, können bei fehlenden Arbeitsmarktregulierungen (Tarife, Arbeitszeiten u.ä.) die Arbeitsplatzbesitzer durch Androhung von Entlassungen zur Lohnminderung (Lohndumping) und zur weiteren Ausbeutung (längere Arbeitszeiten) gezwungen werden; zugleich wird hiermit

¹ Vgl. hierzu und zum Ganzen Gabler Kompaktlexikon Wirtschaft unter Markt, Marktwirtschaft. Andere Benennungen der Preisfunktionen sind seine Marktausschaltfunktion, Verteilungsfunktion der Einkommen, Allokation der knappen Ressourcen u.a.

² Vor dieser Gefahr des freien Marktes warnen schon die Bibel, die antiken Philosophen (Aristoteles), Martin Luther u.v.a.

die Zahl der Arbeitslosgemachten vergrößert.

Die der kapitalistischen Marktwirtschaft systemisch innewohnenden Tendenzen führen besonders in Phasen annähernd gesättigter Märkte und weiterer Rationalisierung in einen sich ständig verschärfenden Konkurrenz- und Verdrängungswettkampf, zur Machtkonzentration und zur Monopolbildung – damit zugleich zu schwerwiegenden sozialen Verwerfungen, zur Verarmung breiter Schichten und somit auch zum Rückgang der Massenkaufkraft. Das heißt, der Markt ist in sich blind und hat keine „selbsteilenden Kräfte“! Er hat vielmehr ohne Gegensteuerung und spätestens in begrenzten Wachstumsräumen in sich selbst eine nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch sich selbst zerstörende Tendenz.³

2.2. Klärung weiterer Systembegriffe

a) Der **Kapitalismus** /kapitalistische Wirtschaftsweise macht den Freien Markt und die Privatisierung der Produktionsmittel zur obersten Prämisse, um mit ihnen die Maximierung des Profits, ein ständiges Wachstum und die Akkumulation der Wertschöpfung in Privatverfügung zu optimieren. Eigennutz und Konkurrenz werden als unersetzliche Triebkräfte des Wirtschaftens angesehen und behauptet. Der Staat hat lediglich die Aufgabe, die Freiheit des Marktes, das Privateigentum und die allgemeine öffentliche Ordnung zu sichern und in der Krise wieder herzustellen.

Varianten: Marktfundamentalismus (Liberalismus) und Neoliberalismus sind verschärfte Ausprägungen, die sozialstaatliche Regulierungen gänzlich reduzieren wollen (z.B. F. A. Hayek).

Ordoliberalismus betont die Aufgabe des Staates, die Voraussetzungen für einen freien und fairen Wettbewerb zu setzen und zu schützen (z.B. durch Kartellrecht).

b) Die **Planwirtschaft** ist der Versuch, die negativen Folgen der Marktwirtschaft zu überwinden, in dem die Wirtschaft Abläufe (Produktion, Preise, Arbeitsplätze, Löhne u.ä.) nicht dem freien Markt überlassen, sondern durch Planung geregelt werden (Bedarfs- und Zuteilungswirtschaft).

Varianten: Von einer zentralistischen staatlichen Planwirtschaft, die auf Staatsebene alle Wirtschaftsabläufe plant und vorgibt und freie Einzelentscheidungen der Akteure ausschließt - bis hin zu einer Planwirtschaft, die nur Ziele und Rahmenbedingungen vorgibt, klein- und mittelständiger Privatwirtschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln zulässt und die Planung der Einzelabläufe nach dem Subsidiaritätsprinzip nach unten z.B. in die Kommunen oder in Einzelbetriebe freigibt. Alle staatssozialistischen Planwirtschaften wurden im Laufe ihrer Geschichte in einem gewissen Ausmaß dezentralisiert und mit Marktelementen angereichert.

c) Das **sozialistische/kommunistische Modell** will die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ sowie das destruktive Verhalten bezüglich der Naturgrundlagen im Rahmen einer neuartigen gesellschaftlichen „Assoziation“ zu Gunsten einer gerechten Teilhabe aller überwinden. Wesentliche Mittel hierfür sind Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Staatswirtschaft und genossenschaftliche Wirtschaft unter Vorgaben einer staatlichen Planwirtschaft. Konkurrenzwirtschaft soll durch „sozialistischen Wettbewerb“ überwunden werden.

Auch hier gibt es Varianten von totaler Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und totaler zentralistischer Planwirtschaft - bis hin zur Freigabe klein- und mittelständischer Privatwirtschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln und einer nur rahmengebenden Planwirtschaft mit Anteilen der Marktwirtschaft.⁴

Erfahrungen zeigen, dass eine enge, zentralistische und vom Staat vorgegebene Planwirtschaft wirtschaftliche Effizienz und Entfaltung schwerwiegend behindert und destruktiv auf Motivation, Kreativität und Eigeninitiative der Akteure wirkt (DDR-Erfahrung).

d) Die **Soziale Marktwirtschaft** geht von der Erfahrung aus, dass systemisch lenkende Rahmenbedingungen nötig sind, um die dem Markt innewohnenden destruktiven Tendenzen zu überwinden.⁵

³ So schon Maynard Keynes. Ausführlicher in Baustein „Wirtschaftswachstum“.

⁴ Diese letzte Variante wurde in den ökumenischen Basisgruppen der DDR als ein „Dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus angestrebt und in „Realutopien“ entworfen.

⁵ Im Prinzip gab es nie eine gänzlich freie Marktwirtschaft ohne jede Rahmenbedingung, da z.B. schon die Anerkennung einer Währung, das Akzeptieren von Marktzeiten (Ladenöffnungszeiten), von Tarifen u.ä. dem Markt nötige Regeln und Grenzen setzen, damit er überhaupt funktionieren kann.

Die Soziale Marktwirtschaft ist der Versuch, auf Grundlage der Marktwirtschaft und durch entsprechende Rahmengesetze die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Freiheit der Akteure mit sozialer Gerechtigkeit, mit dem Aufbau eines sozialen Netzes und mit Elementen einer Beteiligungsökonomie (Tarifverträge, Mitbestimmungsgesetze u.ä.) zu verbinden.

Varianten: von engeren sozialstaatlichen Vorgaben bis hin zur zunehmenden Liberalisierung der sozialen Marktwirtschaft.

Ökosoziale Marktwirtschaft: nimmt die Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit in die regelnden Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft hinein..

Der Global-Marshall-Plan will ein Gegenentwurf zur neoliberalen Globalisierung sein und versucht die ökosoziale Marktwirtschaft zum Weltmodell weiterzuentwickeln.⁶

Die Grenzen, die Gefährdungen und das Scheitern der Sozialen Marktwirtschaft liegen darin, dass zwar dem Kapitalismus zähmende Regeln gegeben werden, aber die Denkmuster und Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht überwunden werden – diese aber das Soziale und Ökologische der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder aushöhlen.

e) Modell der Reproduktionsgenossenschaften

Jenseits der kapitalistischen Marktwirtschaft und der zentralistischen Planwirtschaft kann sich die genossenschaftliche Reproduktionswirtschaft zu einer Alternative entwickeln. Produzenten und Verbraucher schließen sich zu Reproduktionsgenossenschaften zusammen, in denen nicht gewinnorientiert, sondern **nutzungsorientiert** gearbeitet wird. Es wird produziert, was gebraucht und angeforderte wird. Der Preis findet sich nach der „Arbeitswert- bzw. der Faktorentheorie“: Arbeit + Material- bzw. Kapitaleinsatz in Relation zum Nutzwert bilden den Preis. D.h. auch hier gibt es einen „Markt“ als Nachfrageort, an dem entschieden wird, ob die Ware/Dienstleistung den erwarteten Nutzen bringt und erstellt werden soll.

Da jedes Mitglied Mitarbeiter, Teilhaben (Eigentümer) und Konsument ist, gibt es einen unmittelbaren Interessenausgleich zwischen Umfang und Wert der Ware, Arbeitslohn, Preis und Nutzen.

Reproduktionsgenossenschaften funktionieren am ehesten im überschaubaren kommunalen Bereich. Die Vernetzung und Kooperation verschiedener Reproduktionsgenossenschaften kann zu einer mindestens teilweisen regionalen Subsistenzwirtschaft führen.⁷

- f) Die **Solidarische Ökonomie**: will die positiven Funktionen von Markt und Marktwirtschaft aufnehmen, aber durch systemische Veränderungen die Abschöpfungs-, Ausgrenzungs- und Bereicherungsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise überwinden, die niedermachende Konkurrenz durch kooperative Beziehungen und Verhältnisse ersetzen, die solidarische Teilhabe aller an der Wertschöpfung durchsetzen und die Erhaltung der Umwelt sichern.
- g) Die Vision einer **Freien kooperativen Arbeitskultur** will den von Geld und Kauf bestimmten Markt hinter sich lassen und eine freie kooperative Arbeitskultur entwickeln, ohne einer reinen Zuteilungswirtschaft zu erliegen. In ihr kann sich jeder in freier Arbeit ohne Bezahlung einbringen, die notwendigen Güter des Lebens werden durch Zusammenarbeit erstellt und kostenlos zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus können Güter im (Arbeits-) Tausch, u.U. gegen Zeit-Wert-Scheine erworben werden.⁸ In solch einem Gesellschaftszustand sollte die Entfremdung des Menschen von sich selbst, von Natur und Gemeinschaft überwunden sein - ein Ziel, das uns heute als Fernutopie erscheint und nur in langen Lernprozessen realisierbar werden könnte.⁹

2.3. Klärung der Funktionsbegriffe

- a) Systemveränderungen, Systemumbau, systemische Mechanismen verstehen wir weder im mechanistischen noch im alten klassenkämpferisch-ideologischen Sinn, sondern systemtheoretisch und praxisorientiert: Welche Funktionszusammenhänge, Strukturen und Handlungsregeln des Wirtschaftens wirken wie? Welche und wie müssen sie so umgebaut werden, dass an Stelle einer zerstörerischen eine lebensförderliche Funktion des Wirtschaftens tritt?

⁶ Vertreter vor allem Franz Josef Rademacher, Peter Spiegel in der „Social Business-Bewegung“

⁷ Mehr im Baustein „Genossenschaftswesen“ und in „Globalisierung, Regionalisierung, Subsistenzwirtschaft“

⁸ Entsprechendes Modell unter: www.aktion-zukunft.de/material/unglaublich.pdf

⁹ Siehe Entwurf Rodewald „Kooperative Kultur“. Siehe die klassischen Utopien im Christentums, im Kommunismus, bei Rudolf Bahro u.a.; siehe Utopievision bei Bernd Winkelmann in „Damit neu werde die Gestalt dieser Erde“ S.11ff.

- b) Konkurrenz verstehen wir als das **rivalisierende Gegeneinanderauftreten und -agieren** von mehreren Anbietern, in dem der eine versucht, den anderen zu hintertreiben und abzudrängen, um an erster bzw. bevorteilter Stelle eine möglichst marktbeherrschende Funktion zu gewinnen.¹⁰
 - Wir möchten das Prinzip der Konkurrenz in einer Solidarischen Ökonomie überwinden, da Konkurrenz auf ein Niedermachen des anderen, nicht auf Teilhabe und Solidarität ausgerichtet ist.
- c) Kooperation meint: das **synergetische Zusammenwirken von Gaben und Tätigkeiten**, von jeweiligen Möglichkeiten, Gegebenheiten und Leistungen verschiedener Akteure mit dem Ziel, gemeinsam das Bestmögliche für alle zu erreichen.
 - Wir möchten in einer Solidarischen Ökonomie das Prinzip der Konkurrenz durch die Möglichkeiten der Kooperation sowohl auf betrieblicher Ebene wie im gesamtökonomischen Zusammenhang überwinden.
- d) Wettbewerb: eine Anreizstimulus zur größeren Entwicklung von Gaben, Fähigkeiten. Leistungen und besseren Angeboten und Produkten.
 Wir unterscheiden zwischen: a) konkurrierendem Wettbewerb, in dem es um Sieg gegen den anderen geht (=Konkurrenz), b) fairem Wettbewerb, der Regeln der Fairness vorgibt, c) kooperativem Wettbewerb, in dem Leistungen, Gaben und Fähigkeiten aus Anreiz- und Ehrgeizmotivation heraus entwickelt werden, diese aber nicht gegen andere ins Feld geführt werden, sondern anderen **zum Nachahmen angeboten und zur Verfügung** gestellt werden und sich so gegenseitig anregen, inspirieren und zur Kooperation führen (assoziatives Wirtschaften).¹¹
 - Wir möchten die Möglichkeiten des kooperativen Wettbewerbs in die Gestaltung einer Solidarischen Ökonomie hineinnehmen.

3. Orientierung und Leitvorstellungen

3.1. Leitvorstellungen und Voraussetzungen einer Solidarischen Ökonomie:

Wichtigste Voraussetzung für Solidarische Ökonomie und für eine kooperative Entwicklung von „Markt und Wettbewerb“ ist ein **grundlegender Paradigmenwechsel**: Die **Überwindung des kapitalistischen Prinzips**, nämlich die Erkenntnis, Philosophie und Lebenshaltung, dass Sinn und Ziel eines lebensdienlichen Wirtschaftens nicht schrankenlose Kapitalverwertung und Geldmehrung ist, sondern die Bereitstellung nützlicher Produkte und Dienstleistung und sinnvoller Arbeitsplätze - dies in gerechter Teilhabe aller und förderlich für die Entwicklung eines sozial und kulturell entwickelten, zivilisierten Gemeinwesens.¹² Das hieße für das Agieren auf dem Markt, dass ein wesentlicher Konkurrenzantrieb - eben die Profitmaximierung – zurücktritt. Nur dann kann die Bereitstellung von guten Produkten, Dienstleistungen und Arbeitsplätzen in Kooperation und kooperativem Wettbewerb gelingen. Aus dieser und über diese Grundorientierung hinaus sind weitere Prämissen und systemische Veränderungen nötig, um eine kooperative Wirtschaftsweise zu ermöglichen. Diese sind in anderen Bausteinen ausführlicher dargestellt und werden hier nur kurz genannt:

- Einhalten der ökologischen Grenzen und Rahmenbedingen als absolut geltenden Prämisse (Baustein Ökologie)
- Überwinden der Wachstumszwänge im Wirtschaften (Baustein Wachstum);
- Reform des Geldwesens und des Eigentumsrechts, in dem eine leistungslose Abschöpfung und Bereicherung auf Kosten anderer nicht mehr möglich sind (Baustein Geldsystem, Baustein Eigentum);
- Überwindung des Verdrängungswettkampfs auf dem Arbeitsmarkt durch Teilen des Arbeitsvolumens durch Reduzieren der Regelarbeitszeit; so Hineinnahme aller Arbeitsfähigen in den ökonomischen Prozess von Arbeit, Produktion, Einkommen, Konsum, Steuer- und Sozialsystem (Baustein Neue Arbeitskultur);

¹⁰ Das Wort „Konkurrenz“ kommt aus dem Lateinischen „concurrare“; es meint zweierlei: a) miteinander laufen, b) gegeneinander anlaufen. Im üblichen Sprachgebrauch hat sich das „Gegeneinander“ durchgesetzt.

¹¹ Siehe entsprechende positive Erfahrungen aus der Schul-, Spiel- und Gruppenpädagogik, aus der Praxis großer Forschungsprojekte wie z.B. bei der NASA; z.T. auch positive Erfahrungen in der Wettbewerbspraxis der DDR.

¹² vgl. „Richtungsansage Solidarische Ökonomie“

- Entwicklung eines leistungsgerechten und ausgleichenden Lohnsystems, in dem überhöhte, nicht durch eigene Leistung gedeckte Einkommen abgeschafft und Mindestlöhne garantiert werden (Baustein Neue Arbeitskultur);
- Entwicklung einer partizipatorischen Verfassung von Unternehmen und Körperschaften (dazu unten mehr; siehe Baustein Partizipatorische Unternehmensverfassung);
- Sicherung der gesamtgesellschaftlich und zivilisatorisch nötigen Grundlagen in öffentlicher Regie: Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft, entwickelt im öffentlichen Diskurs;
- Überwindung der wilden neoliberalen Globalisierung durch verbindliche internationale Abkommen mit sozialen und ökologischen Standards und fairen Welthandelsbedingungen (Baustein Globalisierung). Erst wenn Bereicherungs-, Wachstums- und Konkurrenzideologien und deren Mechanismen und Institutionen aus der (Welt-) Wirtschaft gewissermaßen „herausoperiert“ werden, können sich kooperatives und solidarisches Wirtschaften und ein kooperativer Wettbewerb ganz entfalten. Und umgekehrt ist ein kooperatives Wirtschaften ein wesentlicher Baustein zur Erreichung dieser Ziele.

3.2. Schlüsselfrage Menschenbild:

Bei der Frage, ob eine Konkurrenzwirtschaft durch eine kooperative Wirtschaftsweise abgelöst werden kann, hat die Frage des Menschenbildes eine Schlüsselfunktion.

Wir orientieren uns an einem Menschenbild, das von **zwei Erfahrungen und Prämissen** ausgeht:

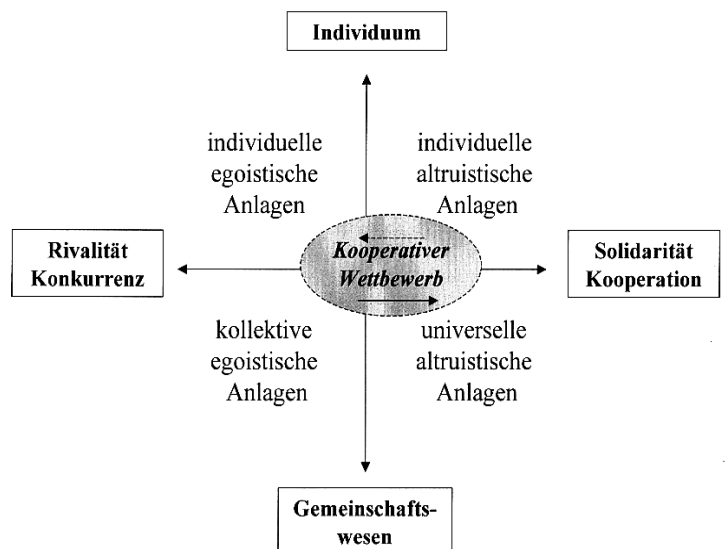
1. Der Mensch ist einmaliges Individuum, kann aber weder als Einzelwesen noch als Gattung im gegenseitigen Leben und Überleben, sondern nur als Gemeinschaftswesen in Kooperation und Solidarität mit anderen.
2. In der Spannung zwischen Eigeninteressen und Gemeinschaftsinteressen ist der Mensch von zwei Anlagen und Bestrebungen geleitet: von egoistischen Anlagen (Streben nach Selbstbehauptung, Eigennutz, Konkurrenz und Bereicherung) wie auch von altruistischen Anlagen und Gaben der Solidarität, der Kooperation und Verantwortung, des sinnvollen Verzichts, der Empathie, der Nächstenliebe und der spirituellen Sinnsuche.

Wir vertreten somit weder ein idealistisches noch ein pessimistisches, sondern ein **ambivalentes** und darin letztlich positives **Menschenbild**. Wir widersprechen dem sozialdarwinistischen Menschenbild des Kapitalismus, nach dem der Mensch ein allein auf Egoismus, materielle Bereicherung, Neid, Konkurrenz, Aggressivität hin angelegtes Wesen sei, das nur im Ausleben dieser Gaben überlebe, und wonach Wirtschaft nur so funktionieren könne (siehe Richtungsansage und Baustein Menschenbild).

3.3. Die Bewegung Konkurrenz – Wettbewerb – Kooperation:

Genauer betrachtet lebt der Mensch in der Spannung von individuell-egoistischen und kollektiv-egoistischen Anlagen und Bedürfnissen einerseits und von individuell-altruistischen und universell-altruistischen Anlagen bzw. Bedürfnissen andererseits.

Aus diesen Anlagen lebt er wiederum in Spannung von Rivalität und Konkurrenz einerseits und Solidarität und Kooperation andererseits. Ohne die erste Seite würde der Mensch die Fähigkeit zur Selbstbehauptung verlieren. Doch muss die zweite Seite die erste leiten, tragen und entgrenzen, da sonst keine Sozietät entwickelt werden kann, ohne die wiederum der Mensch nicht lebensfähig ist.



Motive von Konkurrenz und Rivalität sind Selbstbehauptung, Ehrgeiz, Besserseinwollen, Kampf und Siegenwollen, den anderen aus dem Feld schlagen /vernichten wollen, Aneignung von Macht und Besitz. Konkurrenz kann hohe Anstrengungen und Leistungen bewirken bzw. erzwingen und zu einem scharfen Ausleseprozess der Leistungsstärkeren bzw. der Leistungsschwächeren führen.

Andererseits führen Konkurrenz und Rivalität – insbesondere wenn sie zur Dauerhaltung werden – zu Dauerstress, Angst, Mobbing, zum Schrumpfen von Sachmotivation, zur Zerstörung von Gemein-

schaft, Arbeitsklima und Kooperation, - damit auch zum Schrumpfen von Kreativität und neuen Innovationen, zu Leistungsabfall und psychischen Erkrankungen. Rivalität und Konkurrenz wirken somit nicht nur menschlich und sozial, sondern letztlich auch ökonomisch destruktiv. Aus Rivalität und Konkurrenz ist eine Entwicklung von Solidarität und Kooperation nicht möglich.

Motivationskraft von Kooperation und Solidarität: Erfahrungen und wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der Mensch in gelingender Kooperation und solidarischem Füreinandestehen eine erhebliche Angst- und Stressminderung und zugleich einen höchsten Gewinn an Selbstwerterfahrung und kreativer Entfaltungsmöglichkeit erlebt. Aus diesem Erleben entwickelt er höhere Motivation, Innovations- und Leistungsfähigkeit als in einer konkurrenzgeleiteten Wirtschaft.¹³

Kooperativer Wettbewerb will die Motivationskräfte, die in den individuell-egoistischen und kollektiv-egoistischen Anlagen des Menschen liegen, insbesondere seine Ehrgeiz- und Selbstentfaltungsbedürfnisse, aufnehmen und sie so in die wirtschaftlichen Kooperationsprozesse einbringen, dass es eine deutliche **Bewegung von Konkurrenz hin zur Kooperation** gibt (siehe Grafik oben¹⁴).

Die entscheidende Frage dabei ist, **wie** die egoistischen und die altruistischen Anlagen des Menschen so in ein Verhältnis zueinander gebracht werden, dass die selbstbezogenen Bestrebungen motivierend wirken können, aber von den solidarischen, kooperativen und gemeinschaftsförderlichen Gaben und Bedürfnissen eingegrenzt, getragen, entgrenzt und kooperativ entwickelt werden.

4. Konkret: Markt und Wettbewerb in einer kooperativen und demokratischen Solidarwirtschaft

Im folgenden Abschnitt versuchen wir konkret zu beschreiben, wie Markt und Wettbewerb in einer Solidarischen Ökonomie funktionieren können. Dabei ist auf zweierlei besonders zu achten:

1. Welche wirtschaftlichen Strukturen, Mechanismen und Regeln sind so umzubauen oder neu zu installieren, dass sie systemisch die gewünschten Veränderungen im Wirtschaften bewirken?
2. Wie kann dabei das kooperative, partizipatorische und demokratische Prinzip im Sinne einer „Demokratischen Solidarwirtschaft“ realisiert werden?

4.1. Innerbetrieblicher kooperativer Wettbewerb

In einer qualifizierten Unternehmensleitung wird schon heute begriffen, dass innerbetriebliche Konkurrenz, die gar zum Mobbing führt, nicht nur für Motivation und Arbeitsklima, sondern darin auch ökonomisch kontraproduktiv ist, während ein kooperativer Wettbewerb zu besten Ergebnissen führt, z.B. im Setzen von Wettbewerbsaufgaben, deren Lösungen innerbetrieblich kooperativ zum Nutzen aller umgesetzt werden – dies verbunden mit sozialen und ökologischen Zielstellungen.¹⁵

Zur klugen Gestaltung eines kooperativen Wettbewerbs gehören folgende Regeln:

1. Die richtige Stimulation: Sachlich und fachlich überzeugende Aufgabenstellung und Anreize, Freiwilligkeit und Eigenverantwortung, Gewährung von freien Ideen und Gestaltungsmöglichkeiten, Austausch und Beratung, Wertschätzung und materieller Anreiz (Prämien), befriedigendes Umsetzen und Weitergeben der Ergebnisse (Erfolgserlebnis!).
2. Die Ergebnisse des „Wettbewerbssiegers“ werden nicht gegen die anderen ausgespielt; sie werden vielmehr den anderen, auch den „Leistungsschwächern“ vermittelt und zur Verfügung gestellt; sie werden in gemeinsamer Arbeit umgesetzt und kooperativ weiterentwickelt.
3. Bei der Gestaltung der Anreize und Stimulanzen ist zu beachten, dass Anerkennung und Wertschätzung das Primäre bleiben; materielle Anreize in Form von Geldzuwendungen (Prämien) können dazu kommen, sollten aber nicht das Entscheidende und nicht zu hoch sein, da dies sonst die inhaltliche Motivation sachlich eher schädigt: wer etwas nur aus Geldgründen tut, ist /wird fachlich, gemeinschaftlich und kooperativ schlechter.¹⁶

¹³ Siehe Joachim Bauer „Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren“ und Christian Felber „Kooperation statt Konkurrenz.“

¹⁴ Die Idee dieser Grafik stammt von Thomas Richter auf Grund einer Tagung „Solidarische Räume und kooperative Perspektiven“, Tübingen 2009. Vgl. auch das Quadrantenmodell von Ken Wilber, in dem er Polaritäten des Lebens bzw. der Evolution nicht als sich ausschließende Gegensätze, sondern als sich ergänzende Spannungen versteht; Ken Wilber: „Eine kurze Geschichte des Kosmos“ 1996; „Integrale Spiritualität. Spirituelle Intelligenz rettet die Welt“ 2007

¹⁵ Ansätze, Beispiele in Joachim Galuska: „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Die spirituelle Dimension wirtschaftlichen Handelns.“ Deutlich auch in der ganzen Cical-Business-Bewegung, in der neuen Zeitschrift „enorm – Wirtschaft für den Menschen“ u.a. (www.enorm-magazin.de).

¹⁶ DDR-Erfahrungen zeigen, dass Wettbewerb durchaus in der benannten kooperativen Weise möglich war und zu Erfolgen führen konnte; öfter wurde er allerdings aufgenötigt, falsch motiviert, ideologisch missbraucht, so fachlich verdorben und hatte somit oft wenig positiven Erfolg.

4.2. Zwischenbetriebliche kooperative Marktwirtschaft

Wesentlich schwieriger als im innerbetrieblichen Bereich ist es im zwischenbetrieblichen Bereich, an Stelle einer sich gegenseitig niedermachenden Konkurrenzwirtschaft eine kooperative Marktwirtschaft zu ermöglichen. Denn sobald es auf einem offenen Markt mehr als einen Anbieter und Käufer gibt, ist sofort und automatisch eine Konkurrenz- und Wettbewerbssituation da. Will man das gänzlich verhindern, müsste es eine gänzliche Reglementierung des Marktes geben. Das wäre eine reine Bereitstellungs- und Zuteilungswirtschaft – mit all den problematischen Folgen einer strikten Planwirtschaft.

Wir plädieren für eine **kooperative Marktwirtschaft**, in der durch gesellschaftliche Mediation, durch Rahmengenbung und Schutzinstrumente auch zwischenbetrieblich Konkurrenz eingeschränkt wird und sich über einen fairen zu einem kooperativen Wettbewerb hin entwickeln kann.

Schon jetzt gibt es für den zwischenbetrieblichen Wettbewerb überbetriebliche Schutzinstrumente, die vor allem Machtkonzentration und Monopolbildung verhindern sollen, so das deutsche Kartellamt, die EU-Wettbewerbsbehörde in Brüssel, „Gesetze gegen unlauteren Wettbewerb“ (UWG) usw.¹⁷

Das sind gute Ansätze, aber sie sind unzureichend, um eine wachstumstreibende und niedermachende Konkurrenz zu überwinden. Es sind wesentlich weitergehende systemische Gestaltungselemente nötig, die ein kooperatives und solidarisches Wirtschaften ermöglichen. Die wichtigsten wären:

1. Hineinname ökologischer, sozialer und gemeinwohlorientierter Kriterien in die Bilanzrechnung der Unternehmen,
2. Herausnahme der Öffentlichen Güter der Daseins- und Grundversorgung aus dem freien Markt,
3. Weiterentwicklung der schon bestehenden Raumplanungsbehörden auf Länderebene,
4. Einführung einer partizipatorischen Unternehmensverfassung mit entsprechenden Instrumentarien.¹⁸

4.2.1. Hineinname ökologischer, sozialer und gemeinwohlorientierter Kriterien in die Bilanzrechnung der Unternehmen

Die Unternehmen werden durch den Gesetzgeber verpflichtet, neben den üblichen finanzwirtschaftlichen auch vorgegebene ökologische, soziale und gemeinwohlorientierte Bilanzkriterien einzustellen. Zugleich verpflichtet sich der Gesetzgeber, durch entsprechende Besteuerung bzw. Förderungen soziales, ökologisches und gemeinwohlförderliches Wirtschaften zu belohnen oder im Negativfall höher zu belasten. D.h. in Erfolgsrechnung werden neben sonstigen betriebswirtschaftlichen auch ökologische, soziale und sonstige gemeinwohlwirkende Kosten ausgewiesen und die dafür anfallenden steuerlichen Erleichterungen, Förderungen oder Belastungen mit bilanziert.¹⁹ Der „Preis“ bekommt somit auch in der Bilanzierung seine lenkenden und erziehenden Funktionen (im Ansatz schon mit der ökologischen Steuerreform gegeben). Die ansonsten externalisierten, auf den Steuerzahler abgeschobenen ökologischen und sozialen Kosten werden somit internalisiert, in das Unternehmen hineingenommen. Wichtig ist, dass für alle Unternehmen die gleichen Bilanzkriterien gelten, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

4.2.2. Herausnahme der Öffentlichen Güter der Daseins- und Grundversorgung aus dem freien Markt

In der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen ist grundsätzlich zwischen den Öffentlichen Gütern der Grund- bzw. Daseinsvorsorge und sonstigen Marktangeboten zu unterscheiden.

Zu den öffentlichen Gütern der Daseins- und Grundversorgung gehören: Wasser- und Abwasser-versorgung, Energieversorgung, Öffentliche Verkehrsmittel, das gesamte Gesundheitswesen von Krankenhäusern bis zu den Arztpraxen, alle sozialen Einrichtungen, das gesamte Bildungswesen von Kindergärten über Schulen bis zu den Hochschulen, Polizei und öffentlicher Sicherheit, das Bankwesen, die öffentliche Verwaltung usw..

Da diese Bereiche des Wirtschaftens die Basis für die Grundsicherung des Lebens eines jeden Bürgers und des Gemeinwesens sind und nur funktionieren, wenn sie auch in instabilen Situationen sicher und verlässlich sind, sind diese in die Trägerschaft öffentlicher Verantwortung zu geben. So werden diese Güter aus dem privatwirtschaftlichen, marktlabilen und kommerziellen Bereich des

¹⁷ Siehe G. Scherhorn „Geld soll dienen, nicht herrschen“ S.67ff.

¹⁸ In den hier benannten systemischen Gestaltungselementen ist zu unterscheiden zwischen Stueurelementen, die mehr auf der politischen Ebene liegen (z.B. Raumplanungsbehörden) und den Systemelementen, die innerökonomisch angesetzt sind und wirken (z.B. Bilanzregeln).

¹⁹ Ausführlicher im Baustein „Solidarische Unternehmensverfassung“

Wirtschaftens herausgenommen. Hier wird nicht nach den Kriterien möglichst hoher wirtschaftlicher Gewinne, sondern nach der Notwendigkeit der Bereitstellung gewirtschaftet.

Konkret: Die Preisbildung geschieht hier nicht im freien Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, sondern betriebswirtschaftlich nach den verausgabten Kosten (im Sinne „Arbeitswert- bzw. Faktorkostentheorie“), nach Bedarf und nach sozial verträglichen Kriterien. Im gewissen Sinne kann man die oben beschriebene regionale Daseins- und Grundversorgung als Variante einer reproduktionsgenossenschaftlichen Wirtschaftsweise ansehen.

Die öffentlichen Träger sind je nach Gegenstand auf kommunaler Ebene (z.B. Stadtwerke), auf Länderebene und auf gesamtstaatlicher Ebene (z.B. Großbanken) anzusiedeln.

Konkret gibt es hier drei Bereiche:

a) Bereiche der Grundversorgung, die aus Steuermitteln kostenlos den Bürgern zur Verfügung gestellt werden, z.B. das Bildungswesen, die soziale und medizinische Grundversorgung (wobei gerade diese Aufgaben durchaus frei-zivilgesellschaftlich und vielfältig erfüllt und nur finanziell staatlich zu gewährleisten sind);

b) Bereiche, in denen der Bürger Nutzungsgebühren bzw. Nutzerpreise zahlt, z.B. Wasser- Abwasserversorgung, Energieversorgung, Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel u.ä..

c) Zwischenformen, in denen staatliche Stützungen und Nutzerpreise gezahlt werden, z.B. Grundversorgung mit Wohnraum, Stützung von Grundnahrungsmitteln, Kultur u.ä.

Auch im zweiten und dritten Bereich gibt es kein kommerzielles Wirtschaften, sondern es wird (falls eine Erfüllungsart ausreicht) das preisgünstigste Angebot zu stabilen Preisen installiert, in Teilen mit finanziellen Mitteln der öffentlichen Hand subventioniert.

Auch im zweiten und dritten Bereich gibt es kein kommerzielles Wirtschaften, sondern es wird das jeweils preisgünstigste Angebot zu stabilen Preisen installiert, in Teilen mit finanziellen Mitteln der Öffentlichen Hand subventioniert.

In diesem Zusammenhang und generell steht den Kommunen eine besondere Rolle zu, da sie der primäre Lebensraum des Menschen und zugleich die wesentliche Grundeinheit eines demokratischen Gemeinwesens sind. In ihnen kann sich ein solidarisches und demokratisch zivilgesellschaftliches Leben am unmittelbarsten entwickeln. Die Regie über die Öffentlichen Güter der Daseinsvorsorge und der örtlichen Infrastruktur sollte darum zum großen Teil in der Verantwortung der kommunalen Selbstverwaltung liegen.²⁰

4.2.3. Weiterentwicklung der schon bestehenden Raumplanungsbehörden auf Länderebene

Schon jetzt gibt es regionale Raumplanungsbehörden der Länder²¹, die die strukturelle Entwicklung von Regionen, die Ansiedlung und Entwicklung von Wirtschaftsunternehmen gemeinwohlorientiert lenken sollen (Planungsvorgaben und Genehmigungspflicht z.B. bei der Verkehrswegeplanung, Ansiedlung von Industriegebieten oder Tourismusentwicklung, Nutzung natürlicher Ressourcen usw.). Dies ist in einer Solidarischen Ökonomie in der Art weiterzuentwickeln, dass die Verdrängungskraft großer Unternehmen zu Gunsten vieler kooperativer, sozial- und ökologisch verträglicher Unternehmen eingeschränkt wird. Eine regionale Vielfalt und Kleingliedrigkeit hat prinzipiellen Vorrang vor monolithischen oder gar monopolen Großunternehmen.

Dabei sind vor allem drei Kriterien zu berücksichtigen:

1. ist zu prüfen, ob das oder die Unternehmen in einer Region eine möglichst große Anzahl von Menschen in vielfältige kooperative Wirtschaftsbezüge bringen oder ob sie vorhandene zerstören;

2. ist zu prüfen, inwieweit das oder die Unternehmen dem sozialen Klima und der kulturellen Entwicklung der Region dienen oder diese schädigen;

3. ist zu prüfen, inwieweit das oder die Unternehmen ökologisch verträglich sind.

So sollte z.B. ein Großeinkaufszentrum (Discounter) in einer kleinstädtischen Region nicht zugelassen werden, wenn es viele kleine, aber sozial- und kulturfreundliche Anbieter und Kleingeschäfte ruiniert. Oder es wird ein Industriegroßunternehmen nur dann genehmigt, wenn dessen Produktion für die Gemeinwohrentwicklung unerlässlich ist, von anderen kleingliedrigeren Unternehmen nicht wahrgenommen werden kann, das Unternehmen neue zahlreiche kooperative Arbeitsplätze schafft und die Errichtung kulturlandschaftlich und ökologisch vertretbar ist.

²⁰ Dazu mehr im (noch zu erstellenden) Baustein „Globalisierung, Regionalisierung, Subsistenzwirtschaft“.

²¹ Z.B. „Regionale Planungsgemeinschaften“ auf Länderebene

Die Raumplanungsbehörden sollen subsidiär arbeiten, das heißt, sie sollten die für die Kommunen notwendigen Vorarbeiten leisten, deren Selbstverwaltung stärken, von vornherein die Öffentlichkeit einbeziehen und demokratisch kontrolliert werden.

Konkret: Die Raumplanungsbehörde des Landes gibt eine volkswirtschaftlich und ökologisch orientierte Rahmenplanung vor. In Fragen z.B. wie viele und in welcher Art Kaufhallen / Kleingeschäfte/ Industriebetriebe o.ä. in einer Stadt /Region zugelassen werden, entscheidet die betroffene Kommune in einem Prozess öffentlicher Auseinandersetzungen und demokratischer Entscheidungen – auch mit Hilfe der unten beschriebenen „Wirtschaftsräte“.

Innerhalb dieser Rahmgebung entscheiden die jeweiligen flexiblen Möglichkeiten des Marktes durch Angebot und Nachfrage, durch Ausschreibungen und Bewerbungen im freien Wettbewerb.

4.2.4. Einführung einer partizipatorischen Unternehmensverfassung

Im Baustein „Solidarische Unternehmensverfassung“ wird ausführlicher dargestellt und begründet, wie das „Shareholder-Prinzip“ zu Gunsten des „Stakeholder-Prinzips“ durch entsprechende Unternehmensverfassungen überwunden werden kann.

In der kapitalistischen Unternehmensverfassung entscheiden allein die Kapitaleigener: die Eigentümer und Kapitalanleger (Shareholder-Prinzip). Die anderen am Unternehmen Beteiligten und vom Unternehmen Betroffenen (Stakeholder): die Beschäftigten, die Verbraucher und Kunden, die Kommune, die Umweltverbände u.a. sind in der Regel von Entscheidungen und Lenkungsaufgaben des Unternehmens ausgeschlossen.

In den großen Unternehmen bestimmen heute zunehmend Fremdkapitalgeber: die Kapitalanleger in Aktien und Hedgefonds (Shareholder). Sie haben gegenüber dem Unternehmen in der Regel nur ein einziges Interesse: die Vermehrung ihrer Rendite. Die Angebotspalette, die Zufriedenheit der Kunden, die Erhaltung von Arbeitsplätzen, das Einhalten von ökologischen und sozialen Standards an sich interessiert sie nur insofern, als sie der Renditenvermehrung dienen oder nicht. Dieses einseitig auf Renditensteigerung angelegte und durch schnell wechselnde spekulative Geldanlagen bestimmte Verhalten der Kapitalanleger treibt die Unternehmen vor sich her, ist enorm wachstums- und konkurrenztreibend und zwingt die Unternehmen häufig zu ökonomisch, sozial und ökologisch unverantwortlichen Betriebsstrategien (Arbeitsplatzabbau = „Entlassungsproduktivität“, Betriebsverlagerung in Billiglohnländer, Konkurs ohne betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, feindliche Betriebsübernahme usw.).²²

Eine partizipatorische Unternehmensverfassung sieht vor, dass alle am Unternehmen Beteiligten und vom Unternehmen Betroffene (Stakeholder) in die Entscheidungen des Unternehmens einbezogen werden. Hiermit wird ein wesentliches Element demokratischer Solidarwirtschaft realisiert.

Dafür wären neue Gremien zu schaffen, die wir „**Betriebliche Wirtschaftsräte**“ nennen.²³

In ihnen sind mit je gleichem Stimmrecht alle Stakeholder vertreten: 1. die Kapitaleigner bzw. Besitzer, 2. die Manager (Betriebsleitung), 3. die Angestellten, 4. die Kunden bzw. Verbraucher, 5. die Lieferanten, 6. Vertreter der Öffentlichkeit (Kommune, bzw. Land, Staat), 7. Umweltverbände.

In diesem Gremium wird entsprechend den vorgegebenen betriebswirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und gemeinwohlorientierten Bilanzregeln beraten und entschieden über Kunden- und Verbraucherinteresse, Angebotspalette und Preisbildung, über Löhne und Arbeitsplätze, über das Einbeziehen ökologischer, kommunaler und öffentlicher Interessen, über Investitionen usw.

Der Ausbau der Betrieblichen Wirtschaftsräte hat in sich eine Tendenz zur genossenschaftlichen Wirtschaftsweise. Bei Betriebsübernahme und Genossenschaftsbildung ist darauf zu achten, dass auch die außerbetrieblichen Stakeholder einbezogen werden!²⁴

Darüber hinaus ist das Denkmodell von „**Regionalen Wirtschaftsräten**“ zu prüfen, in denen kleinere Betriebe (Handwerkerbetriebe, kleine mittelständige Unternehmen) und Vertreter der „Betrieblichen Wirtschaftsräte“ in einer Region sich einen gemeinsamen Wirtschaftsrat geben. Dieser würde die Funktion aufnehmen und weiterentwickeln, die früher die Zünfte und heute z.T. noch die Handwerkskammern haben: **eine Austausch- und Abspracheebene, die im begrenzten Wachstumsraum eine niedermachende Konkurrenz verhindert, Markträume für alle Beteiligten sichert,**

²² Franz Müntefering nannte 2005 diese Kapitalanleger bzw. ihre Hedgefonds zurecht „Heuschrecken“, die über die Unternehmen herfallen, um sie auszunehmen und dann mit ihren Geldanlagen weiterzuziehen.

²³ Mehr in Bausteinen „Partizipatorische Unternehmensverfassung“

²⁴ Mehr in Bausteinen „Genossenschaftswesen“

Kooperation ermöglicht und so für ein nachhaltiges Ergehen aller sorgt.

Das Neue an den „Regionalen Wirtschaftsräten“ wäre, 1. dass diese betriebs- und spartenübergreifend sind bzw. sein sollten, 2. dass in ihnen neben den Unternehmern alle oben benannten „Stakeholder“ gleichberechtigt beteiligt sind, 3. dass somit die Gemeinwohlinteressen der Kommune wesentlich stärker in das Wirtschaften hineingebacht werden.

4.3. Wettbewerb und kooperativer Markt

Im Unterschied zur kapitalistischen Marktwirtschaft gibt es in einer Solidarischen Ökonomie über die „Wirtschaftsräte“ somit durchaus so etwas wie gewollte Absprachen der Marktakteure - die wohlgerneht nicht nur die Unternehmer sind, sondern alle „Stakeholder“ der Unternehmen! Diese Absprachen haben allerdings durch die Wirtschaftsräte einen öffentlichen, demokratischen und kontrollierten Charakter und sind insofern gemeinwohlorientiert.

Konkret: In den „Regionalen Wirtschaftsräten“ sprechen die verschiedenen Marktteilnehmer z.B. ab, welche Produkte/ Dienstleistungen erstellt werden sollen, welche Unternehmen welche Aufgaben übernehmen, wie sie gegebenenfalls kooperieren, einander ergänzen oder einander Platz machen und in welcher Preisspanne ihre Produkte/ Dienstleistungen in etwa anzubieten wären. Innerhalb solcher Preisspanne gibt es ein flexibles Auf und Ab der Preise je nach Angebot und Nachfrage.

Dabei kann, sollte es durchaus einen zwischenbetrieblichen Wettbewerb geben – als fairen Wettbewerb, aber mit der Tendenz zum oben beschriebenen kooperativen Wettbewerb, also im Austausch und in Teilhabe aller an den besten Ergebnissen. Das alles mit dem Ziel, möglichst viele in eine kooperative Ökonomie einzubeziehen und vielfältige hochwertige Produkte/ Dienstleistungen anzubieten.

Es wird dabei durchaus auch - allerdings fair geregelte - Konkurrenzsituationen geben und notwendige „Marktberichtigungen“; d.h. es kann sich zeigen, dass ein Unternehmen zu schwach und zu unqualifiziert arbeitet und aufgeben muss oder dass es zu viele Anbieter eines gleichen Angebotes gibt. Hier können in einer solidarischen Gesellschaft Hilfen zur Aufnahme anderer passender Unternehmens- bzw. Arbeitsmöglichkeiten gegeben werden – insbesondere wenn der Arbeitsmarkt durch Teilung des Arbeitsvolumens offen bleibt.²⁵

5. Ausblick

Entscheidend ist das Zusammenwirken der oben beschriebenen Systemveränderungen: - die Hineinnahme ökologischer, sozialer und gemeinwohlorientierter Kriterien in die betriebliche Erfolgsrechnung, - die Herausnahme der Öffentlichen Daseins- und Grundversorgung aus dem freien Markt, - die Weiterentwicklung der Raumplanungsbehörden auf Länderebene, - die Einführung einer partizipatorischen Unternehmensverfassung. In diesem Zusammenwirken werden das systemisch ökonomisch inhärente und das systemisch politische Wirken zusammengeführt und in Synergie gebracht; Es wird eine wesentliche Demokratisierung des Wirtschaftens erreicht; es werden die Eigeninteressen und Gemeinwohlinteressen ausgeglichen und befriedet.

Dass das auch zu einer Entschleunigung der wirtschaftlich-technologischen Entwicklung führen kann, ist durchaus gewollt. Doch vorausgesetzt, dass auch die anderen Bausteine einer Solidarischen Ökonomie zur Wirkung kommen, entwickelt sich so **eine kooperative und demokratische Solidarwirtschaft:** Eine Wirtschaft, die nicht mehr lediglich von Profitinteressen der Kapitaleigner getrieben ist, sondern befreit vom Konkurrenzdruck, von Wachstumszwängen und den Mechanismen einer Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Ausgrenzungsökonomie den eigentlichen Sinn des Wirtschaftens wiedergewinnt: die Bereitstellung von nützlichen Gütern und Dienstleistungen und guten Arbeitsplätzen - dies im Zusammenwirken und zum Wohl aller Beteiligten und des Gemeinwesens und im Erhalt unseres Ökosystems.

²⁵ Siehe Baustein „Neue Arbeits- und Sozialkultur“

Literaturhinweise: (ergänzt und chronologisch geordnet)

- Ulrich **Duchrow** „Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerungen und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie“, Mainz 1994
- Frank **von Auer**/Franz **Segbers** (Hg.) „Markt und Menschlichkeit. Kirchliche und gewerkschaftliche Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“, Rowohlt 1995
- Ken **Wilber**: „Eine kurze Geschichte des Kosmos“ 1996; „Integrale Spiritualität. Spirituelle Intelligenz rettet die Welt“ 2007
- Joachim **Galuska** „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Die spirituelle Dimension wirtschaftlichen Handelns“, Zwickau 2004
- Franz Josef **Radermacher** „Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung“, Hamburg 2005
- Joachim **Bauer** „Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren“, Hamburg 2006
- Ulrich **Duchrow**, Reinhold Bianchi, Rene Krüger, Vincenzo Petracca „Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktionen im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung“, Hamburg 2006
- Christian **Felber** „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“; Wien 2008
- Christian **Felber** „Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise“; Wien 2009
- Gerhard **Scherhorn** „Geld soll dienen, nicht herrschen. Die unaufhaltsame Expansion des Finanzkapitals“ Wien 2009
- Franz **Groll** „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft“, Hamburg 2009
- Hans-Peter **Gensichen** „Armut wird uns retten. Geteilter Wohlstand in einer Gesellschaft des Weniger“, Zwickau 2009
- Meinhard **Miegel** „Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010
- **Gabler** „Kompakt-Lexikon Wirtschaft“, Wiesbaden 2001
- Kleines **Politisches Wörterbuch** der DDR, Berlin 1967 zu „Konkurrenz“
- **Philosophisches Wörterbuch** der DDR, Leipzig 1965 zu „Wettbewerb“